

Gesellschafter wiederum die Devia AG, Vaduz, ist. Mitgeschäftsführer der Devia GmbH ist der Geschäftsführer der Transocean GmbH Internationale Spedition, die ihrerseits als Generalagent für die Moskauer Sovtransservice tätig ist. Der sowjetische Geschäftsführer ist Jurist ohne Speditionsfachkenntnisse. Richard Müller soll sich kaum um die Firma kümmern. Außer einer möglichen Legalisierung von Zahlungen von sowjetischer Seite in den Westen ergibt die Geschäftsverbindung kaum Sinn. Müllers weitere bekanntgewordenen Aktivitäten beziehen sich hauptsächlich auf die Devia GmbH. Diese soll in der Zwischenzeit nach Kiel umgezogen sein. Dort soll sie einen Bürokomplex und eine große Lagerhalle bauen. Müller soll über diese Firma alte Fabrikbestände aus der ehemaligen DDR kaufen und diese gewinnbringend ins Ausland weiterverkaufen... Die neue Organisation des Richard Müller und seines Geschäftspartners Egon Gerszewski ähnelt in seiner Konstruktion und den Geschäftsorten sehr seinem damaligen Firmennetz. Auch der offiziell angegebene Geschäftszweck ist frappierend ähnlich. Die Familie Gerszewski wohnt in Jesteburg, einem früheren Aufenthaltsort von Richard Müller vor seiner Flucht nach Ostberlin im Jahre 1983." (BND-Meldung TWI, M 0106/91 vom 18.06.91, zu BB 12-317, ohne MAT-Nr.)

Als weitere Müller-Firmen werden im Anhang des Vermerks noch die Gemue Speditions GmbH, Wendenstraße 151, 2000 Hamburg 36 (Gesellschafter Egon Gerszewsky und Devia AG Vaduz), die Transfor GmbH, Wendenstr. 151, 2000 Hamburg 36 und die Mercur Trade GmbH, Wallotstr. 15, 1000 Berlin 33 (Geschäftsführer Hans Jürgen Woelk, Wolfgang Kotz, Gesellschafter Devia AG, Vaduz) genannt. (ebenda, Anhang)

Anmerkung: Wolfgang Kotz war IMES-Mitarbeiter, Jürgen Woelk wurde von Schuster gegenüber dem BND als möglicher Embargolieferant an die DDR genannt. (siehe dort)

In einer BND-Meldung vom 02.09.1991 über den Verbleib der Firma Asimex heißt es:
 " Die Kripo Berlin ermittelt im Zusammenhang mit der 'Vereinigungskriminalität' derzeit gegen die ehem. KOKO-Firma ASIMEX GmbH und deren Geschäftsführung. Aus hier seit langem vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß die Asimex vom MfS gegründet wurde und die Mitarbeiter enge Verbindungen zum MfS pflegten.
 Die Geschäftstätigkeit 'Import von Luxuswaren' wurde meistens über Liechtenstein abgewickelt und finanziert. Die Nachfolge-Firmen wurden zum Teil umbenannt und neue Geschäftsführer ernannt. Besonders auffallend ist, daß dieses Firmennetz neue Beziehungen zum Firmennetz des Richard Müller (Moneten-Müller) pflegt." (BND-Meldung TWI, M 0106/91 vom 18.06.91, zu BB 12-317, ohne MAT-Nr.)

Als Erläuterung heißt es, daß die Asimex GmbH in engem Kontakt zur Mercur Trade GmbH, deren Teilhaber die Richard-Müller Firma Devia AG ist. (ebenda)

D BEWERTUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Kenntnisse der Bundesregierung

Die jeweiligen Bundesregierungen waren bereits seit Anfang der siebziger Jahre über die Ziele, die kriminellen Machenschaften und die MfS-Anbindung des Bereiches KoKo umfassend unterrichtet. Während die breite Öffentlichkeit in der DDR und der Bundesrepublik erst nach der Flucht Schalck-Golodkowskis auf KoKo und sein weltweit operierendes Firmennetz mit Milliardenumsätzen aufmerksam wurde, waren die Bundesregierungen zuvor über jeden Entwicklungsschritt des Schalck-Imperiums zeitnah unterrichtet.

Diese umfassende und aktuelle Information der Bundesregierung über KoKo war durch den Einsatz dutzender von Quellen des BND und des BfV in den Chefetagen des Bereiches KoKo ermöglicht worden. Hinzu kamen Berichte befreundeter Dienste der Bundesregierung, wie die CIA, die ebenfalls über eine große Zahl von Quellen im Bereich KoKo und im Außenhandel der DDR verfügte.

Durch die Verhandlungen mit Schalck-Golodkowski seit Ende der sechziger Jahre stellten die jeweiligen Vertreter der Bundesregierung sowie verschiedener Länderregierungen zusätzlich einen persönlichen Kontakt zu dem Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, Alexander Schalck-Golodkowski, her. Viele dieser westdeutschen Gesprächspartner Schalck-Golodkowskis waren über dessen MfS-Verbindung unterrichtet. In einigen Fällen hat Schalck-Golodkowski dies seinen Verhandlungspartnern sogar selbst mitgeteilt. Das führte jedoch nicht zum Verhandlungsabbruch mit dem MfS-Obersten.

Die Gesprächsprotokolle Schalcks mit Franz Josef Strauß und Wolfgang Schäuble, die wegen ihrer Brisanz meistens noch in der selben Nacht oder am nächsten Tag auf dem Schreibtisch Erich Mielkes landeten, sind ein beeindruckendes Beispiel für Kooperationsbereitschaft und Mitteilungsbedürfnis westdeutscher Politiker gegenüber dem Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski.

Seit Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre berichteten Quellen aus dem Bereich Kommerzielle Koordinierung westdeutschen Geheimdiensten. Bereits 1973 gewannen die Dienste durch die Befragung des an der Gründung des Bereiches KoKo beteiligten Helmuth Weise umfassende Kenntnisse über KoKo.

Spätestens mit den Aussagen der leitenden KoKo-Mitarbeiter Günter Asbeck und Horst Schuster 1981 und 1983 verfügte der BND über äußerst detaillierte Kenntnisse des Bereiches KoKo.

Erst kurz vor dem Abschluß der Arbeit des Untersuchungsausschusses zeigte sich durch eine versehentliche BND-Aktenüberlieferung, daß vieles, was sich der Untersuchungsausschuß in seiner dreijährigen Tätigkeit mühsam erarbeitet hat, dem BND bereits vor zehn Jahren bekannt gewesen war.

Anfang der achtziger Jahre kannte die Bundesregierung über die von BND und BfV gelieferten Informationen:

- die wichtigsten Personen des Bereiches KoKo, ihre jeweilige MfS-Anbindung, ihre persönlichen Verhältnisse, ihr aktuelles Arbeitsgebiet
- die wichtigsten Firmen des Bereichs KoKo und deren Verflechtung mit dem MfS
- die Bedeutung des Bereiches KoKo für die Volkswirtschaft der DDR, seine Arbeitsweisen, die materiellen Privilegien der KoKo-Mitarbeiter und die Bedeutung des Bereiches KoKo für das MfS und die Staats- und Parteiführung der DDR
- die Höhe und Verwendung der von KoKo erwirtschafteten Devisen
- die Rolle von KoKo bei der Versorgung der Siedlung Wandlitz
- die Rolle des Bereiches KoKo bei der Beschaffung von Embargowaren und bei der Verletzung der Bestimmungen des Innerdeutschen Handels
- die Aufgaben des Bereiches KoKo bei der Finanzierung von SED und DKP über die illegal arbeitenden Parteifirmen in der Bundesrepublik Deutschland
- die wichtigsten westdeutschen Handelspartner von KoKo etwa im Bereich des Handels mit Embargogütern, Kunstgegenständen und Antiquitäten
- eine Reihe von Inoffiziellen Mitarbeitern der HVA in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Führungsoffiziere in der DDR

Westliche Firmen und KoKo

Der Bereich KoKo wäre ohne die Unterstützung durch westliche Geschäftspartner nicht lebensfähig gewesen.

Westliche Firmen haben in großem Umfang mit dem Bereich KoKo Geschäfte gemacht. Dabei ging es nicht nur um normalen Außenhandel. Westliche Geschäftspartner des Bereichs KoKo waren auch behilflich bei der Erfüllung "spezifischer Aufgaben" und haben durch Lieferungen von Waffen, Embargogütern und nachrichtendienstlichem Gerät mitgewirkt bei der Ausrüstung der DDR-Repressionsorgane.

Es waren vor allem westdeutsche Unternehmen, darunter renommierte Firmen, die Embargogüter an KoKo lieferten. Dabei waren sich die einzelnen Verantwortlichen dieser Firmen in der Regel durchaus der Ungesetzlichkeit dieses Handels bewußt und nutzten dazu sogar die konspirativen Mittel des MfS, etwa bei der Zollkontrollbefreiung, dem Ausstellen falscher End-User-Zertifikate und falscher Frachtpapiere oder der Vorabinformation durch das MfS über bevorstehende Kontrollmaßnahmen westdeutscher Finanz- und Zollbehörden.

Motiv für die strafbaren Handlungen westdeutscher Firmen und Geschäftsleute waren die enormen finanziellen Gewinnaussichten und nur in Ausnahmefällen eine ideologische Verbundenheit mit der DDR.

Heute erklären verschiedene dieser Embargo-Lieferanten, sie hätten damals guten Glaubens geliefert, sie seien über den wahren Endabnehmer DDR getäuscht worden, oder es seien einzelne schwarze Schafe in ihren Unternehmen, die ohne Wissen der Vorgesetzten gehandelt hätten. Dies ist die übliche Rechtfertigungsargumentation, derer sich Waffen- und Embargohändler immer dann bedienen, wenn sie bei illegalen Lieferungen ertappt werden. Die Unterlagen des Untersuchungsausschusses widerlegen diese Schutzbehauptungen.

Westliche Firmen lieferten nicht nur Embargogüter wie Computer oder Werkzeugmaschinen, die von der DDR für militärische Zwecke mißbraucht werden konnten, sondern auch Waffen. Dabei ging es um Maschinengewehre, Panzer, Militär-LKWs und ganze Waffenfabriken etwa zur Munitions- und Sprengstoffherstellung.

Ein besonders krasses Beispiel für die Abhängigkeit des Bereiches KoKo von der westlichen Abnehmerschaft stellt der Bereich des Kunst und Antiquitätenhandels der DDR statt. Die durch die Enteignung und die Erpressung von Kunstsammlern und Kunstliebhabern in der DDR erhaltenen Antiquitäten konnte KoKo nur in Devisen umsetzen, weil westliche Händler am Ankauf der Waren interessiert waren. Obwohl westliche Geschäftspartner der KoKo-Firma Kunst und Antiquitäten spätestens 1984 durch eine Veröffentlichung in einer vielgelesenen Fachzeitschrift über die KoKo-Machenschaften in diesem Bereich informiert waren, brachen sie die Beziehungen zu KuA nicht ab. Im Gegenteil, die Geschäftsbeziehungen weiteten sich aus. Über die Hälfte der Abnehmer von KuA saßen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Untätigkeit der Bundesregierung

- Die Bundesregierungen haben keine ernsthaften Schritte unternommen, um den Aufstieg des Bereiches KoKo zu einem großen und internationalen Firmenimperium ernsthaft zu behindern. Die Bundesregierungen waren heimlicher Mitwisser. Die Beteiligung einer Vielzahl von Agenten der westdeutschen Dienste an den ungesetzlichen Handlungen von KoKo-Firmen läßt darüberhinaus die Feststellung zu, daß Beauftragte der Bundesregierung zu Mittätern geworden sind. KoKo war nicht nur ein Operationsfeld des MfS, auch bundesdeutsche Dienste hatten Anteil und Interesse an KoKo.

Die Bundesregierungen wußten über einen langen Zeitraum von der Existenz ungenehmigter DDR-Firmen in der Bundesrepublik Deutschland, aus deren Gewinnen die DKP und die SED finanziert wurden. Selbst nachdem Schalck-Golodkowski gegenüber dem Bundesminister Wolfgang Schäuble die DDR als Eigentümerin dieser Firmen bestätigt hatte, erfolgten keinerlei rechtliche Maßnahmen gegenüber den Firmen.

Die Bundesregierungen kannten die Embargobeschaffer der DDR in Ost und West und haben keine ernsthaften Maßnahmen ergriffen, um deren Aktivitäten zu behindern. Selbst Embargohändler, die den westdeutschen Geheimdiensten gleichzeitig als Inoffizielle Mitarbeiter der HVA bekannt waren, konnten ihre Geschäfte - unter der Beobachtung westdeutscher Dienste - fortführen.

Das vordringliche Interesse der Bundesregierungen bestand einzig darin, auf diese Weise Material und Ansatzpunkte zu finden, um weitere Agenten im Bereich KoKo anwerben zu können.

Schon allein durch das Öffentlichmachen der Existenz des Bereiches KoKo und seiner Lebensadern im Westen wären die Aktivitäten der einzelnen KoKo-Firmen empfindlich getroffen worden.

Die DDR hat ihre Aktivitäten beim Waffenexport, beim Handel mit Kunst und Antiquitäten oder bei der Versorgung der DDR-Prominenz mit westlichen Luxusgütern deshalb geheim gehalten, weil ihr Bekanntwerden der offiziell propagierten Politik einer sozialistischen Regierung, die den Frieden fördert, das Kulturerbe schützt und keine Privilegienwirtschaft betreibt, empfindlichen Schaden zugefügt hätte.

Die heute von der Bundesregierung als Rechtfertigung für ihre engen Kontakte mit Schalck-Golodkowski angeführte Begründung, man habe nur der Bevölkerung in der DDR helfen wollen und habe deshalb die DDR-Führung durch offizielle Proteste und etwaige Handelsbeschränkungen nicht verärgern dürfen, ist ein reines Schutzargument. Die Stützung der DDR-Diktatur mit Milliardenkrediten und das Gewährenlassen des Bereiches KoKo, der Milliardenbeträge in Devisen für besondere Projekte der DDR-Führung und die Ausrüstung des MfS besorgt hat, hat nicht der Bevölkerung der DDR geholfen, sondern hat das Überleben der Diktatur wahrscheinlich um Jahre verlängert.

Gegenüber anderen Diktaturen verhielten sich die Bundesregierung und ihre Geheimdienste in der Vergangenheit ganz genauso und sie setzen ihre Kooperation mit menschenrechtsverletzenden Regimen bis in die Gegenwart fort.

So, wie Bundesregierungen in der Vergangenheit mit dem MfS-Bereich KoKo zusammenarbeiteten, werden heute mit den Geheimdiensten und Devisenbeschaffungsorganisationen beispielsweise des Iran und der VR China "Beziehungen gepflegt". So, wie es damals dem BND gelungen ist, im Bereich KoKo Agenten einzusetzen, dürfte dies auch in den entsprechenden Organen dieser Diktaturen gelungen sein. Genau wie im Fall der DDR würde eine Veröffentlichung der Fakten über die westlichen Beschaffungsorganisationen der VR China und des Iran die dortigen Machthaber empfindlich treffen. Stattdessen ist die Bundesregierung wie zuvor gegenüber der DDR in eine Geheimdiplomatie auf Regierungsebene mit diesen beiden Diktaturen verstrickt. Geheim-Gespräche zwischen dem Kanzleramtsminister Schmidtbauer und dem iranischen Geheimdienstchef über den Mykonos-Mordprozess sind nur ein besonders krasses Beispiel für die noch immer praktizierte Kumpanei mit Diktaturen.

Wieder geht es angeblich um das Wohl der unter der Diktatur leidenden Menschen, um den Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, die angeblich den Lebensstandard der dortigen Bevölkerungen erhöhen und um die Vermeidung jeglicher diplomatischer Konfrontation.

Neue Ost-West-Seilschaften

1989 und 1990 forderten Bürgerkomitees in der DDR die vollständige Auflösung des MfS. Dabei waren sie davon überzeugt, daß dieser Geheimdienst erst dann wirklich aufgelöst sei, wenn es keine Geheimnisse mehr um ihn gibt. Die Strukturen und auch die verantwortlichen Mitarbeiter sollten öffentlich gemacht werden.

Diese vollständige Offenlegung ist notwendig, um zu verhindern, daß alte Seilschaften sich neu zusammenfinden, mit veruntreuten Geldern und schwarzen Kassen neue Wirtschaftsunternehmen gründen und politisch einflußreiche neue Geheimstrukturen bilden.

Inzwischen ist offensichtlich, daß diese Befürchtungen völlig zurecht bestanden haben. Vermögenswerte sind verschwunden. Viele der ehemaligen KoKo- und MfS-Mitarbeiter haben unberechtigt Firmen weiterbenutzt und neue Geschäftsstrukturen aufgebaut.

Im Bereich der SED-Parteifirmen und des Embargohandels der DDR zeigt sich bereits jetzt, daß die ehemals Verantwortlichen ein neues Beziehungsgeflecht von Firmen unter Zuhilfenahme von veruntreuten Vermögenswerten der ehemaligen DDR gegründet haben.

In vielen Fällen konnten die Ermittlungsbehörden erst verspätet tätig werden, weil die Bundesregierung und die Geheimdienste ihnen wichtige Informationen vorenthalten haben. Dies gilt insbesondere für die BND-Akten zu Günter Asbeck, die der Generalbundesanwalt erst Mitte 1992 erhalten hat, nachdem er erst durch Presseberichte von ihrer Existenz erfahren hatte. Wichtige HVA-Firmen wie Impag wurden ebenfalls erst 1992 von den Ermittlungsbehörden rein zufällig entdeckt, obwohl der Bundesregierung entsprechende Kenntnisse seit 1983 vorliegen.

Lediglich durch ein Steuerhinterziehungsverfahren eines Bochumer Gerichts ist bekanntgeworden, daß der Geschäftsführer der SED-Parteifirma Noha ein Agent des Bundesamtes für Verfassungsschutz war.

Diese Vorgänge lassen die Bewertung zu, daß die Bundesregierung mit Absicht ihre schützenden Hände über bestimmte Strukturen des ehemaligen MfS und des Bereiches KoKo hält.

Die Befürchtung ist daher berechtigt, daß sogar Teile des nunmehr seit drei Jahren mit großen Aufwand durchleuchteten KoKo-Imperiums noch immer unerkannt geblieben sind.

Inzwischen hat auch die ZERV wiederholt vor der Gefahr dieser Entwicklung gewarnt. Mit Sorge beobachtet diese Ermittlungsgruppe, daß die Spuren heute fast vollständig verwischt wurden und sagt voraus, daß bei weiterer Untätigkeit der politisch Verantwortlichen in wenigen Jahren kriminelle, mafia-ähnliche Einflußnetze in den neuen und alten Bundesländern entstanden sein werden, die dann nur noch schwer zu kontrollieren sind.

Bundesregierung setzt Konspiration fort

Westdeutsche Geheimdienste horten noch immer ihre Erkenntnisse über die DDR und das MfS als Staatsgeheimnisse in ihren Panzerschränken. Dies gilt u.a. für die Erkenntnisse der BND-Mitarbeiter oder Überläufer aus dem Bereich KoKo, die dem Untersuchungsausschuß nur eingestuft und unvollständig oder gar nicht übergeben werden.

Über die dem BND und dem BfV gelieferten Informationen der zahlreichen MfS-Überläufer ab 1990 soll nach Willen der Bundesregierung die Öffentlichkeit ebenfalls nichts erfahren dürfen. So werden alte MfS-Geheimnisse zu Staatsgeheimnissen der Bundesregierung.

Die Bundesregierung fürchtet eine Offenlegung der in diesen Akten und Aussagen enthaltenen Hinweise auf die Verstrickung westdeutscher Politiker und westlicher Firmen mit der DDR.

In der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde aus angeblichen Datenschutzgründen die Veröffentlichung einer Liste von ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeitern und OibE des Bereiches KoKo verweigert. Neben der PDS hat sich besonders die CDU für die Nicht-Veröffentlichung stark gemacht. Diese gemeinsame Koalition zeigt deutlich, wo politische Übereinstimmungen zwischen heutiger und alter Regierungspartei bei der Vertuschung der Vergangenheit bestehen.